

sance d'un droit réel du demandeur. Or dans l'espèce il s'agit uniquement d'une réclamation ensuite de dommages causés à une propriété, et une semblable revendication doit être réputée personnelle, même alors que le dommage a affecté un immeuble. (Voir arrêts du Tribunal fédéral en les causes Bertschinger *Rec.* III, page 634 s. consid. 3; Frossard *ibid.* IV, page 225 consid. 3.)

3° Ce qui précède n'est aucunement infirmé par la disposition de l'art. 20 C. p. c. fribourgeois, portant que les réclamations civiles dérivant de dommages causés à des immeubles peuvent être portées devant le juge du lieu de la contravention. Cette prescription légale, en effet, n'a et ne peut avoir trait qu'aux débiteurs domiciliés dans le canton de Fribourg, et ne saurait porter préjudice à la garantie que l'art. 59 de la constitution fédérale assure à ceux dont le domicile se trouve en dehors de ce canton. Cette garantie subsiste entière en faveur du sieur Léon Girod, domiciliés à Berne, et sa qualité de ressortissant fribourgeois ne peut avoir pour conséquence de l'en frustrer.

4° Enfin la prétendue solidarité entre Ernest et Léon Girod ne pourrait avoir pour effet de soumettre ce dernier, pour une réclamation personnelle, à la juridiction des tribunaux fribourgeois. A supposer même que cette solidarité fût établie, ce que le juge compétent aurait, le cas échéant, à prononcer, il n'en résulterait point que le caractère personnel de la dite réclamation se trouve modifié par le fait de cette responsabilité solidaire: elle n'en doit pas moins être portée dès lors, en ce qui concerne le débiteur solidaire domicilié en dehors du canton de Fribourg, devant le juge de ce domicile.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

Le recours est admis, et le jugement rendu par la Justice de Paix de Bulle (3^{me} cercle de l'arrondissement de la Gruyère) est déclaré nul et de nul effet.

Zweiter Abschnitt. — Deuxième section.

Bundesgesetze. — Lois fédérales.

I. Organisation der Bundesrechtspflege.

Organisation judiciaire fédérale.

89. Urtheil vom 14. November 1891
in Sachen Schmidlin.

A. Im Gerichtsbezirke Zofingen fand am 24. Mai l. J. die Erneuerungswahl des Bezirksgerichtspräsidenten statt. Als (mit einigen Stimmen über das absolute Mehr) gewählt wurde vom Bezirksammannamt Redaktor Dr. Hans Müri in Zofingen proklamirt. Dagegen rekurrierten einige Bürger zuerst an die kantonale Direktion des Innern und verlangten eine neue Durchsicht sämmtlicher Stimmkarten. Dieselbe wurde auch in der That vorgenommen; die Direktion des Innern sah sich indes auf Grund dieser Untersuchung nicht veranlaßt, die Wahl zu kassiren. Der Rekurs wurde nun an den Regierungsrath, und nach erfolgter Abweisung seitens desselben an das Bundesgericht prosequirt.

B. Redaktor Sebastian Schmidlin, für sich und Namens einer Anzahl anderer Bürger, führt in seiner Beschwerdeschrift wesentlich aus, daß unter den Stimmen, welche zu Gunsten des Redaktors Müri gezählt worden seien, sich nach Angabe der Direktion des Innern nicht weniger als 198 vorgefunden haben, die bloß auf den Namen „Müri“, ohne weitere Bezeichnung, oder bloß auf denjenigen „Müri in Zofingen“ gelaute haben. Diese Stimmzettel hätten nach Gesetz außer Betracht fallen sollen. § 41

Abf. 2 des aargauischen Wahlgesetzes, in Verbindung mit § 5 der Wahlverordnung vom 1. Mai 1889, bestimme, daß der Name des zu Wählenden genau und deutlich, mit Angabe von Beruf und Wohnort geschrieben werden solle. Zweifelhaft lautende Stimmzettel erkläre § 44 Abf. 2 desselben Gesetzes für ungültig. Als zweifelhaft müssen nun alle jene 198 Stimmzettel aufgefaßt werden, und zwar schon mit Rücksicht darauf, daß im Kanton Aargau, ja selbst in Zofingen, es noch andere Müri gebe, denen fragliche Stimmen ebenso gut hätten gelten können. Außerdem komme noch der Umstand hinzu, daß in einer und derselben Gemeinde viele Stimmzettel als von derselben Hand geschrieben konstatiert worden seien, die nach der citirten Verordnung ebenfalls hätten als nichtig erklärt werden sollen. Ziehe man nun alle diese Stimmzettel ab, so habe Redaktor Dr. Müri nicht nur das absolute Mehr nicht erreicht, sondern nicht einmal die Stimmenmehrheit erhalten. Die Rekurrenten beantragen deshalb, es solle die Wahl des Dr. H. Müri kassirt und eine andere Wahlverhandlung angeordnet werden. Ihr weiteres Begehren um Sistirung der Amtseinfegung wurde vom Präsidium des Bundesgerichtes mit Verfügung vom 28. Juli 1891 abgewiesen.

C. Dem gegenüber stellt der Regierungsrath des Kantons Aargau das Begehren, es sei auf den Rekurs wegen Inkompetenz nicht einzutreten, eventuell derselbe abzuweisen. Der Entscheid über Gültigkeit kantonaler Wahlen und Abstimmungen stehe nach Art. 59 Ziffer 9 D.-G. dem Bundesrath resp. der Bundesversammlung zu. Was sodann die angefochtenen Stimmen anbelange, so sei in concreto ein Zweifel darüber, daß sie niemand andern als dem Dr. Müri gegolten haben, ausgeschlossen. Für die in Frage stehende Wahl haben nicht weniger als drei Wahlgänge stattgefunden und in allen dreien habe sich stets der Wahlkampf um die Person des Dr. Hans Müri gedreht.

D. Das bisherige Schwanken der bundesrechtlichen Praxis in der Auslegung des Art. 59 Ziff. 9 D.-G. gab dem Bundesgerichte Veranlassung, eine Anfrage an den Bundesrath zu richten über die Art und Weise, in welcher er seine bezüglichlichen Kompetenzen auffasse. Es kam hiebei namentlich die Frage zur Sprache, ob nicht bestimmte Kategorien kantonaler Wahlen und Abstimmungen,

bei allfälliger bestrittener Gültigkeit, auf Grund des Art. 59 litt. a D.-G. und Art. 113 Ziffer 3 B.-V. vor das Bundesgericht gehören, sei es wegen ihres nichtpolitischen Charakters, oder ihres beschränkten räumlichen Umfanges. Der Bundesrath stellte sich in seiner Rückäußerung auf den Standpunkt, daß bezüglich kantonaler Wahlen und Abstimmungen seine Kompetenz eine räumlich unbegrenzte sei und daß sachlich eine Unterscheidung sich nicht durchführen lassen würde. Er berief sich hiefür sowohl auf die Praxis der Bundesversammlung, als auch auf den vorwiegend politischen Charakter von Wahlen und Abstimmungen im Allgemeinen, welches letzteres Moment seines Erachtens als Maßstab für Ausschcheidung der bundesrätlichen und bundesgerichtlichen Befugnisse angenommen worden sei. Ebenso wies er in Sachen auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen Rechtsprechung hin.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Art. 59 D.-G. zählt in Ziffer 9 unter diejenigen staatsrechtlichen Streitigkeiten, die ihrer administrativen Natur wegen der allgemeinen Kompetenz des Bundesgerichtes entzogen und den politischen Behörden zum Entscheid übertragen sind, auch diejenigen über kantonale Wahlen und Abstimmungen. Handelt es sich nun auch in concreto um eine bloße Bezirkswahl und nicht um eine Wahl von allgemeiner kantonaler Bedeutung, so liegt doch an Hand des Gesetzes ein Grund zur Unterscheidung nicht vor. Das Wort „kantonale“ schließt ja in seinem weitern Sinne alles dasjenige in sich, was auf das Gebiet eines Kantons, sei es auch nur auf einen Theil desselben Bezug hat, und es ist daher mit dem Wortlaute des Gesetzes wohl vereinbar, daß unter dem Begriff „kantonale Wahlen und Abstimmungen“ nicht bloß diejenigen verstanden werden, welche das ganze Territorium eines Kantons umfassen, sondern auch solche, die bloß innerhalb eines Bezirkes oder auch nur einer Gemeinde stattfinden.

2. Nach einem allgemeinen Gedanken unseres Bundesstaatsrechtes sollen wesentlich politisch-administrative Angelegenheiten dem Bundesrath zur Entscheidung zufallen. Es findet sich dieser Gedanke in der Botschaft vom 23. Mai 1874 zum Organisationsgesetz in der Weise ausgedrückt, daß als leitender Gesichtspunkt für Ausschcheidung der staatsrechtlichen Kompetenzen zwischen Bun-

desrath und Bundesgericht der gewählt worden sei, daß dem Bundesrath alles dasjenige zu übertragen ist, was eine vorwiegend politische und administrative Natur hat, dem Bundesgerichte hingegen diejenigen Gebiete, auf welchen das Staatsrecht sich mit dem Privat- oder Strafrecht berührt, oder wo sonst rechtliche Momente vorzugsweise den Ausschlag geben (Bundesblatt I, 1874, S. 1077). An einer andern Stelle derselben Bottschaft wird sodann gesagt, daß die Auscheidung nach Materien sich zu bestimmen habe. (Ib. S. 1075 M. 2). Dies alles spricht nun gegen eine verschiedene Behandlung, von Kantons- und Bezirkswahlen in Bezug auf die Kompetenz. Denn einerseits bezeichnet Art. 59 L. 2 D.-G. die Materie der kantonalen Wahlen und Abstimmungen überhaupt als administrativer Natur; andererseits ist der Fall leicht denkbar, daß auch einer bloßen Gemeinde- oder Bezirkswahl ein wesentlich politischer Charakter zukommt. Uebrigens aber könnte die Existenz zweier nebeneinander bestehender Rekursinstanzen zu unlöslichen Schwierigkeiten führen, während sowohl für die einen wie die andern Wahlen und Abstimmungen es sich um die Interpretation und Anwendung der nämlichen kantonalen Gesetze handelt. Aus diesen Gründen ist daher nach neuer Prüfung dieser Kompetenzfrage das Bundesgericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß den politischen Behörden bei derartigen Rekursen durchweg die Kompetenz zustehen müsse.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Auf den Rekurs wird wegen Inkompetenz nicht eingetreten.

90. Arrêt du 21 Décembre 1891 dans la cause
Morand et consorts.

Le 16 Mai 1890 le Conseil d'Etat de Neuchâtel, à la demande du Conseil de la paroisse catholique chrétienne de la Chaux-de-Fonds, a rendu un arrêté portant ce qui suit :

« Art. 1^{er}. Ne peuvent participer aux opérations du scrutin pour l'élection d'un curé catholique chrétien des samedi et dimanche 17 et 18 Mai, que les citoyens appartenant à la paroisse catholique chrétienne.

» Art. 2. Le bureau électoral et le bureau de dépouillement seront composés exclusivement de citoyens appartenant à la paroisse catholique chrétienne. »

A la suite de cet arrêté, les citoyens appartenant à la dite paroisse furent seuls autorisés à prendre part à l'élection susmentionnée, laquelle aboutit à la nomination d'un curé catholique chrétien.

Le 20 Mai 1890, les partisans de la confession catholique romaine demandèrent au Grand Conseil de Neuchâtel de déclarer cette élection nulle et non avenue, comme contraire aux dispositions de la loi du 20 Mai 1873, réglant les rapports de l'Etat avec les Cultes, et notamment avec les art. 4 et 12 de cette loi.

Par décision du 9 Février 1891 le Grand Conseil, après discussion, passa à l'ordre du jour sur le recours.

C'est contre cette décision que l'avocat Gigon, à Moutier, au nom de 534 recourants a interjeté auprès du Tribunal fédéral un recours concluant à ce qu'il lui plaise : 1° annuler la dite décision, enlevant ou déniaut aux recourants leur qualité d'électeurs dans la paroisse catholique de la Chaux-de-Fonds, ensemble tous les actes accomplis au mépris de leurs droits électoraux, notamment l'arrêté du Conseil d'Etat du 16 Mai 1890, l'élection paroissiale des 17 et 18 Mai 1890, et plus généralement toutes les décisions prises en dehors de leur participation, postérieurement à ces dates, par l'assem-